

Herrn Arnold Norkowsky
Vorsitzender des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Familie

Es informiert Sie Ursula Albel
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Datum 07.10.2008

Große Anfrage

Drucks. Nr. VO/0819/08
öffentlich

Zur Sitzung am
30.10.2008

Gremium
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie

Einstellung des Landesprogramms "Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern"
Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 07. Oktober 2008

Sehr geehrter Herr Norkowsky,

die Sendung Westpol berichtete am 21.09.2008 darüber, dass die schwarz-gelbe Landesregierung beschlossen hat, das Programm „Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern“, mit dem Projekte zugunsten von Obdach- bzw. Wohnungslosen finanziert werden, zum Ende dieses Jahres ersatzlos einzustellen. Minister Laschet erklärte in der Sendung sinngemäß, im Zuge des Programms habe es bisher viele positive Beispiele gegeben; es sei nun an den Kommunen, daraus zu lernen und die Projekte weiterzuführen.

Der Kölner OB Schramma (CDU) meinte dazu, die Finanzierung dieser Projekte könne den Kommunen nicht auch noch aufgebürdet werden. Er sehe die Gefahr, dass viele Projekte angesichts der desolaten Finanzsituation der Kommunen nicht weitergeführt werden könnten. Ähnlich äußerten sich in der Sendung auch die Betroffenen selbst.

Wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch war bzw. ist die Zahl der obdachlosen, der wohnungslosen und der von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit bedrohten Menschen in Wuppertal in den Jahren 2004 bis 2008? - Wie viele davon waren bzw. sind Jugendliche?
(Zahlen bitte getrennt aufführen)
2. Welche Projekte für die betroffenen Menschen werden in Wuppertal in wessen Trägerschaft durchgeführt?
3. In welchen Bereichen besteht weiterer, vordringlicher Handlungsbedarf?
4. Welche Projekte in Wuppertal werden zurzeit mit Mitteln aus dem wegfallenden Landesprogramm „Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern“ durchgeführt?

5. Wird die Stadt zusätzliche Mittel für Projekte zugunsten des unter 1. genannten Personenkreises bereitstellen als Ersatz für das wegfallende Landesprogramm?
6. Welche anderen als städtische (Re-) Finanzierungsmöglichkeiten stehen für Projekte zugunsten von obdachlosen, wohnungslosen oder von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zur Verfügung?

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Spieß und Fraktion DIE LINKE.